

# Rheingauer Bote

Rüdesheimer Zeitung  
Amtliches Bekanntmachungsblatt

Fernsprecher 295.

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag. Bezugspreis: vierteljährlich Mk 3.30. In der Geschäftsstelle abgeholt Mk 3.10. Durch die Post bezogen vierteljährlich Mk 3.30 ohne Bestellgeld.  
Verantwortlicher Schriftleiter: Karl Meier

Anzeigenpreis: 20 Pfg. für die einpaltige Petitzeile, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Textzeile im Reklamenteil 75 Pfennig. — Bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Nachschlag. Druck und Verlag:  
A. Meier's Buchdruckerei, Rüdesheim a. Rh.

Nummer 26.

Montag, den 1. März 1920.

44. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Bekanntmachungen.

Entsprechend der Bekanntmachung vom 16. Febr. 1920 kann bis auf Weiteres an 2 Wochentagen unentgeltlich Holz aus dem Waldstrich Nr. 2 „Bordere Horwit“ entnommen werden. Als Holztage werden zunächst Dienstag und Freitag festgesetzt. Die Holzabgabe erfolgt von vormittags 9 bis nachmittags 5 Uhr an bedürftige Einwohner. Zusammenkunft an den Holztagen vormittags 9 Uhr an dem Schutzhäuschen auf dem Stich. Die abzuholende Stelle wird von dem Förster Feller angewiesen, dessen Anweisungen sowie auch denjenigen der an den Holztagen anwesenden Aufsichtsbeamten der Stadt unbedingt Folge zu leisten ist. Handwerkzeug zum Abholzen und Handkarren müssen mitgebracht werden.  
Rüdesheim, den 27. Februar 1920.

Der Magistrat: J. B.: Brogffitter.

Von Seiten der Bäcker werden Klagen erhoben, daß viele ihrer Kunden darauf bestehen, ihr Brot im Voraus zu erhalten.

Diese Forderung der Bürger ist unberechtigt. Es wird hiermit nochmals darauf hingewiesen, daß es streng untersagt ist, die Wochenbrotration für die kommende Woche im Voraus abzuholen.

Ferner ist der Bäcker nicht verpflichtet, rückständige Brote der letzten Wochen zu verabreichen. Werden Brote nicht in der vorgeschriebenen Zeit abgeholt, so verlieren die Abschnitte der Brotkarten ihre Gültigkeit.

Den Bäckern ist es bei Strafe verboten an Stelle für Brot nur Weizenmehl auszuhandigen, sondern die richtige Brotmehlmischung an seine Kundschaft zu verabfolgen.

Rüdesheim, den 28. Februar 1920.

Der Magistrat: J. B.: Brogffitter.

In der Woche vom 2. bis einschl. 8. März 1920 wird in sämtlichen Geschäften Margarine und bei sämtlichen Metzgern Speck verausgabt.

Auf den Kopf entfallen:

Margarine 250 Gramm zum Preise von 4.20 Mk.  
Speck 250 Gramm zum Preise von 4.40 Mk.

Für Margarine wird Nr. 5 der Lebensmittelkarte und für Speck wird Nr. 6 der Fettkarte abgetrennt.

Selbstversorger erhalten die Hälfte. Fettselfstversorger sind vom Bezuge ausgeschlossen.

Bei Gebr. Baus, Marktstraße, sind frische Peringe zu haben das Pfund zu 4.— Mark, so lange der Vorrat reicht.

Rüdesheim, den 28. Februar 1920.

Der Magistrat: J. B.: Brogffitter.

Um bei der Lieferung von Spät-Saatkartoffeln berücksichtigt zu werden, haben alle Kartoffel-erzeuger, auch diejenigen welche ihre Anmeldung bereits gemacht haben, ihren Bedarf unter Beifügung der zu bebauenden Fläche (Kutenzahl) spätestens bis zum 6. März auf dem Lebensmittelamt, Kellerstraße Nr. 1, schriftlich anzumelden. Spätere Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Rüdesheim, den 28. Februar 1920.

Der Magistrat: J. B.: Brogffitter.

Nach dem Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 27. November 1919 II. a 5742 ist die Polizeistunde für die Gast- und Schankwirtschaften allgemein auf 10 Uhr abends festgesetzt.

Es müssen also sämtliche Gast- und Schankwirtschaften um 10 Uhr geschlossen sein. Diese Anordnung bezieht sich auch auf Vereins- und Gesellschafts-

räume in welchen Speisen und Getränke verabfolgt werden.

Eine Verlängerung der Polizeistunde kann in Zukunft nur beim Vorliegen eines dringenden Bedürfnisses durch den Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden erteilt werden.

Die Polizeiorgane haben strengste Anweisung, die genaue Einhaltung der Polizeistunde scharf zu überwachen, und alle Uebertretungen rücksichtslos zur Anzeige zu bringen.

Rüdesheim, den 27. Februar 1920.

Die Polizeiverwaltung: J. B.: Brogffitter.

Donnerstag, den 4. März 1920, wird bei Herrn Büttel, Schmidtstraße, der März-Jucker für Kinder unter 2 Jahren ausgegeben.

Auf den Kopf entfallen 2 Pfund Kandis und 1/2 Pfd. Kets zusammen zum Preise von Mk. 4.—.

Donnerstag, den 4. März 1920, wird im alten Amtsgericht von 9—11 Uhr vormittags an alle Kranke mit ärztlichem Attest 1 Flasche ungarischer Weißwein zum Preise von 8.80 Mk. die Flasche ausgegeben.

Krankenatteste sind mitzubringen.

Die nächste Krankenfachen-Ausgabe (Butter) bei Frä. Anna Barth, Markt, findet am Freitag, den 5. März 1920 statt.

Freitag, den 5. März 1920, kommen im alten Amtsgericht von 8—12 Uhr vormittags 111 Paar gut vorgerichtete amerikanische Schnürschuhe (für bedürftige Einwohner) zum Verkauf.

Der Preis für das Paar beträgt Mk. 68.—.

Rüdesheim, den 1. März 1920.

Der Magistrat: J. B.: Brogffitter.

## Zur Dispensierung Erzbergers.

Berlin, 25. Febr. Zu der Beurteilung Erzbergers schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“:

Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß der Teil der Oppositionspresse, die in den letzten Tagen in Angriffen gegen den Reichsfinanzminister mehr als ein übriges getan hat, versuchen wird, die vorläufige Entbindung des Ministers von seinen Dienstgeschäften als Vorläufer seines endgültigen Rücktritts zu deuten. Demgegenüber ist es nötig, an der Tatsache festzuhalten, daß es sich hier, wie aus der amtlichen Meldung hervorgeht, um eine vorübergehende Dispensierung des Ministers handelt, die lediglich zu dem Zweck erfolgt, um in der von ihm selbst beantragten Untersuchung von vornherein jeden Schein eines Drucks auszuschließen. Ist die Untersuchung abgeschlossen und hat sie ein positives Ergebnis nicht gezeigt, so wird der Reichsfinanzminister seine Dienstobliegenheiten sofort wieder übernehmen.

\*

Berlin, 25. Febr.

Deute schreibt der „Vorwärts“: „Ein abschließendes Urteil über den Fall Helfferich-Erzberger behalten wir uns vor. Für heute ist nur festzustellen: Erzberger mag schuldig oder unschuldig sein. Herrn Helfferich kommt es auf keinen Fall auf die Moral an, sondern darauf, den Träger einer ihm verhassten Politik unschädlich zu machen. Diese Absicht der Gegner muß erkannt und durchkreuzt werden. Die Mehrheitsparteien haben gleich bei der Beratung der Steuergesetze Gelegenheit, zu zeigen, daß ihre grundsätzliche Stellung durch persönliche Angelegenheiten nicht berührt werden kann. Ob Erzberger schuldig oder unschuldig ist, ob er zurückkehrt oder nicht, die besitzenden Klassen sollen deswegen keine Mark Steuer weniger zu bezahlen haben.“ Daß man mit weiterem Verbleiben Erzbergers im Amte rechnet, zeigt das „Berliner Tageblatt“, das schreibt: „Die Meldung könnte im Publikum die Meinung hervorrufen, daß Erzberger beabsichtige, endgültig aus der Regierung auszuschleichen, und daß der Antrag auf zeitweilige Suspendierung

nur eine Ueberleitung, eine Vorbereitung auf den definitiven Rücktritt darstelle. Eine solche Auffassung ist ja verständlich, und Gedanken dieser Art liegen sozusagen in der Luft. Aber es wird versichert und erscheint auch als glaubhaft, daß Erzberger mit seinem gestrigen Gesuche keineswegs den Zweck verfolgt habe, sich gewissermaßen etappenförmig den Ausweg aus dem Kabinett zu erschließen.“

Besentlich anders urteilen die Blätter der Rechten, die in der vorläufigen Amtsenthebung den endgültigen Rücktritt Erzbergers sehen. So schreibt die „Kreuzzeitung“: „Bei der robusten Gemütsveranlagung des Reichsfinanzministers glauben wir nicht an die Freiwilligkeit des Suspendierungsantrags. Wir glauben auch nicht, daß nur der Vorwurf einer Steuerhinterziehung für diesen Schritt maßgebend gewesen ist, sondern namentlich die Vorgänge in der gestrigen Prozeßverhandlung werden dem Faß den Boden ausgeschlagen haben. Denn Herr Erzberger ist in seiner Eigenschaft als Reichsfinanzminister nach der Aussage eines Staatsanwalts der Beihilfe zu großen Vermögensverschiebungen nach dem Auslande beschuldigt, ebenso wie der Unterstützung von Schiebergeschäften auf Grund der Erteilung von Einfuhrscheinen. Es gibt im amtlichen Leben Winke, die selbst bei Naturen, wie Herr Erzberger eine ist, Erfolg haben müssen. Daß sich das Kabinett endlich zu einem solchen Schritt entschlossen hat, ist im Grunde eine Selbstverständlichkeit. Wir haben vom ersten Tage des Prozesses an die Suspendierung vom Amte gefordert, weil es eine Unmöglichkeit ist, daß gerade ein Reichsfinanzminister, gegen den die schwersten Vorwürfe der Korruption gemacht werden, die Amtsgeschäfte weiterbehält. Daß es erst einer geradezu katastrophalen Anhäufung von Beweisen bedurfte, um endlich diesen Schritt zu vollziehen, ist charakteristisch für die heutige Zeit. Wir sehen in dem Schritt der Suspendierung die ersten Anzeichen des Sturzes des Lieblings der Revolutionsregierung. Die Wahrheit bricht sich Bahn.“ In ähnlichem Sinn meint die „Tägl. Rundschau“: „Herrn Erzbergers vorläufiger Rücktritt von seinem Amte wird zu seiner endgültigen Beseitigung aus den Ministerien führen, denn der Schlag, der am letzten Sonntag durch die von uns und anderen nationalen Blättern gemeinsam erfolgte Veröffentlichung der Steuerhinterziehungen des Herrn Reichsfinanzministers geführt worden ist, mußte, wie jeder Einichtige von vornherein annahm, zu seinem Sturze führen. Der Herr Finanzminister hatte geglaubt, die Veröffentlichung seiner Steuerlügen dadurch verhindern zu können, daß er die Broschüre über seine Steuerhinterziehungen beschlagnahmen ließ, aber es war ganz selbstverständlich, daß das Material der Broschüre trotz der Beschlagnahme vorhanden blieb und daß es dann in dieser Form, wie in der Veröffentlichung vom letzten Sonntag, wieder zum Vorschein kommen mußte. Die Verhältnisse liegen im übrigen hinsichtlich dieses Falles so klar zutage, daß Herr Erzberger aus der Schlinge, die sich um seinen Hals gelegt hat, nicht mehr herankommen wird. Man darf also annehmen, daß mit dem gestrigen Tage Herr Erzberger sein Ende als Minister gefunden hat.“ Die „Freiheit“, das Organ der Unabhängigen, schreibt: „Es darf wohl angenommen werden, daß Herr Erzberger auf seinen Posten nicht zurückkehrt. Herrn Helfferich und seinen Freunden auf der Rechten ist der Streich gelungen, und sie können sich schmeicheln, nicht nur dem ihnen verhassten Zentrumsmann, sondern auch dem ganzen Kabinett einen heftigen Stoß versetzt zu haben. Muß Erzberger als ein Unsauberer weichen, so ist die ganze Regierung in Mitleidenschaft gezogen. Außerdem aber war der Reichsfinanzminister der stärkste Träger des Koalitionsgedankens in der Zentrumspartei, und die Möglichkeit einer politischen Neuorientierung dieser Gruppe, spätestens nach den Wahlen, rückt in größere Nähe.“

## Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 27. Febr. Wie in allen Kreisen, so bildete auch heute das Thema Erzberger den hauptsächlichsten Gegenstand der Unterhaltung in den Wandelgängen des Reichstages. Insbesondere richtete sich das Interesse auf die Frage, was die Zentrumsfraktion tun und wann

sie einen Entschluß fassen wird. Die Reugierigen können aber nicht befriedigt werden, wenigstens nicht schnell genug, denn die Zentrumskaktion hat keine Neigung, dem nervösen Eifer, der sich insbesondere bei den Zentrumsgegnern zeigt, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Sie denkt nicht daran, der Notwendigkeit der Entscheidung, vor die sie gestellt ist, auszuweichen. Wie die übrigen Fraktionen, so wird auch die Zentrumskaktion heute abend wieder eine Sitzung abhalten, in welcher, wie wir hören, über die Angelegenheit Erzberger gesprochen werden soll. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung dauerte nur 1 1/2 Stunden. Es wurde zunächst eine große Anzahl kleiner Anträge erledigt. Dann erörterte der Berichterstatter des Steuer-ausschusses sein Referat über den Reichseinkommensteuergesetzentwurf. Von allgemeinem Interesse ist der Gegenstand einer kleinen Anfrage, die sich auf die Entfernung der Hoheitszeichen der monarchischen Zeit von öffentlichen Gebäuden bezieht. In Darmstadt ist mit einem Kostenaufwand von mehreren tausend Mark am dem Siebel des Hauptpostamtes das Hoheitszeichen entfernt worden, auf Grund einer Verfügung des Reichsministeriums. In einer Eingabe des Verbandes der bildenden Künstler in Dessau wird darauf hingewiesen, daß die allgemeine Ausführung dieser Verfügung mehrere Millionen Mark kostet, daß sie eine Fälschung der historischen Wahrheit und eine Barbarei sei. Die Regierung ließ durch ihren Vertreter mitteilen, Anfang September 1919 sei beschloffen worden, die Bezeichnung „Kaiserlich, Königlich“ usw. an den Dienstgebäuden zu entfernen. Auch das Postministerium habe eine entsprechende Verfügung erlassen, jedoch unter der Voraussetzung, daß bei erheblichen Bedenken künstlerischer und kulturhistorischer Natur die Entscheidung des Ministeriums eingeholt wird. Die Oberpostdirektionen seien angewiesen, in solchen Fällen Wappen und Wappzeichen nicht zu entfernen.

mz. Berlin, 28. Febr. Die zweite Beratung des Entwurfs eines Reichseinkommensteuergesetzes wird fortgesetzt.

Reiz (Soz.): Wenn das alte Regime vom Beginn des Krieges an eine vernünftige Steuerpolitik getrieben und das Kapital angemessen belastet hätte, wenn Herr Helfferich keine Bankrottspolitik getrieben hätte, so brauchten wir jetzt die Suppe nicht auszuschöpfen. Die Sozialdemokraten sind an dem unerquicklichen Schauspiel in Moskau nicht beteiligt. Sie hatten schon seit Kriegsbeginn eine angemessene Steuer gefordert, ebenso den Ausbau der Erbschaftsteuer. Das Prinzip der progressiven Einkommensteuer ist sozialistisch. Im einzelnen haben wir Sozialdemokraten um die Gestaltung des Gesetzes anders gedacht. Die Steuer muß aber nun den Verhältnissen folgend in der vorliegenden Form verabschiedet werden. Es ist zu hoffen, daß die Schöpfung kunderreicher Familien noch weiter ausgedehnt werden kann. Der Bedarf des Reiches für die nächsten Jahre ist noch lange nicht gedeckt, zumal die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag noch gar nicht zu überschauen sind. Bei aller Schätzung der hohen Ausgaben, die die Länder und Gemeinden zu erfüllen haben, bleibt doch die Hauptsache das Reich lebensfähig zu erhalten und seine Schulden abzubauen. Es gilt schnell zu handeln. Möchten die Besitzenden sich ihrer Pflicht gegen die Allgemeinheit bewußt sein.

Fohlmann (Dem.): Ueber das Ergebnis der Entnahmen von 1919 und den Bedarf für 1920 liegen noch keine genauen Angaben vor. Die drei Löcher im Westen, Norden und Osten sind noch immer offen. Die Warenerzeugung deckt noch nicht den Bedarf. Es muß noch weiter importiert werden. So fehlen also alle Voraussetzungen für die Aufstellung eines Etats, weil sich die gesamte Volkswirtschaft nicht in einem jeiten überschaubaren Zustand befindet. Denn es kommt weniger auf die Artikel der Besteuerung an, als darauf festzustellen, welche Steuerhöhen von der Volkswirtschaft getragen werden kann. Sparsamkeit und Mehrarbeit sind notwendiger denn je. Die bestehende Arbeitszeit muß voll ausgenutzt werden. Die Arbeitslosenunterstützung muß so geregelt werden, daß niemand denken kann, er brauche nicht zu arbeiten. Immerhin muß jetzt unsere Sorge sein, die Kasse des Reiches zu füllen. Das Reich braucht das Geld, und so müssen wir die Steuergesetze bewilligen. Bei einer Art organisierter Wirtschaft — um das Wort Parlamentswirtschaft zu vermeiden — werden wir verbleiben müssen. Die derzeitige Steuergesetzgebung, so notwendig sie für den Augenblick ist, wird keinen allzu langen Bestand haben. Die Valutakommission drückt darauf, daß hohe Steuern einkommen. Das ist auch jetzt eines der wenigen Mittel, den Notenumlauf abzubauen. Nur eine gute aktive auswärtige Politik kann uns aus den wirtschaftlichen und finanziellen Nöten retten.

Düringer (D. N.): Vom taktischen Standpunkte aus sind wir Gegner der jetzigen Regierung, zu der wir kein Vertrauen haben. Wir lehnen es daher ab, den Männern, die am Ruder sind, eine solche Fülle von Macht zu übertragen wie sie diese Steuergesetze mit sich bringen. Sachlich haben wir an ihnen mitgearbeitet, aber die Verantwortung für diese Steuern tragen die Mehrheitsparteien. Die Steuergesetze liegen jetzt erst in ihrer Gesamtheit vor und ermbaldigen jetzt erst den so notwendigen Ueberblick. Sie lassen jede volkswirtschaftliche Rücksichtnahme vermissen und sind rein nach finanztechnischen Gesichtspunkten gearbeitet. Das für unsere Volkswirtschaft Erträgliche ist mit diesen Steuern längst überschritten. Ueberall sehen wir eine forrumpernde Wirkung der neuen Steuern, noch ehe sie in Kraft getreten sind. Ueberall Verschwendungssucht und Arbeitsunlust, weil der Staat ja doch alles nimmt. Das Attentat auf Erzberger haben wir verurteilt; aber empörend war es, wie meiner Partei das Attentat angehängt wurde. Wenn einem Zentrumsmittglied Schieberereien oder falsche Deklarationen nachgewiesen würden, so dürfte doch niemand sagen, das Zentrum bestehe aus Schiebern und Defraudanten. Wir werden auch im Plenum eine Reihe von Änderungsanträgen stellen. Die Steuergesetze im ganzen sind für uns unannehmbar.

Dr. Beder (D. Vp.): Die Finanzpolitik Helfferichs war diktiert von dem Gefühl, daß wir damals alle teilten, nämlich, daß wir siegen würden. Zentrum und Demokraten haben der damaligen Finanzpolitik zugestimmt. Alle unsere

Bemühungen werden nutzlos sein, solange nicht das Vertrauen zu unserer wirtschaftlichen Gesundung zurückkehrt im Inlande und vor allem im Auslande, das wir nun einmal brauchen. Länder und Gemeinden müssen gegenüber dem Reiche zurücktreten. Damit müssen wir uns abfinden. Der Ausbau der einzelnen Steuern darf nicht so kompliziert gestaltet werden, daß ihre Ausführbarkeit daran scheitert.

Herold (Str.): Unsere Anträge zu den Steuergesetzen bei der Ausschußberatung sind aus unserer Mitte hervorgegangen ohne Fühlungnahme mit dem Finanzminister. In dieser schweren Zeit sollte keine Partei die Verantwortung für die geschaffenen Gesetze ablehnen. Den Etat haben wir auch während des Kulturkampfes nicht abgelehnt. Wir hoffen, daß das Einkommensteuergesetz so gestaltet wird, daß es trotz der schweren Belastung der Bevölkerung annehmbar sein wird.

Düwcll (U. S. P.): Das steuerfrei gelassene Existenzminimum und die Staffelung nehmen keinerlei Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse. Die Teuerung wird immer weiter steigen. Der preußische Ministerpräsident Hirsch verlangt in seinen Handbüchern, ebenso wie früher die Rechtssozialisten, die absolute Steuerfreiheit des zum Leben notwendigen Einkommens. Die kapitalistischen Grundlagen des Staates sind die alten, und so entfernt man sich immer weiter von dem sozialistischen Standpunkt.

Paragrah 1 wird angenommen.

mz. Berlin, 28. Febr. Gestern fand unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Leer im Reichsfinanzministerium eine vorläufige Besprechung, betr. die Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn statt, wozu die Vertretung der Groß-Industrie und des Handels, sowie der Arbeitervertreter geladen waren. Beheimrat Kuhn machte darauf aufmerksam, daß lediglich über die Art des Abzuges der Steuern und die Berechnung mit den Behörden beraten werden soll. Es wurde allgemein die Ansicht ausgedrückt, daß der im Entwurf vorgesehene Abzug vom Arbeitslohn nach dem schwierigen Vorkommen nicht zu empfehlen sei. Seitens der Industrie und des Handels wurde auf die gewaltigen Kosten eines solchen Systems hingewiesen. Ein Vertreter Berlins schilderte ausführlich die ungeheuerlichen Schwierigkeiten, die sich bei der Berechnung ergeben würden. Als vorteilhafter wurde die im Entwurf gleichfalls vorgesehene Erhebung durch Abzug von Steuermarken bezeichnet, da hierbei eine geringere Arbeitsleistung erforderlich sei und außerdem der Arbeitnehmer seine Unterlage über die geleisteten Steuern stets in der Hand habe. Die anwesenden Minister, die Vertreter der Großbetriebe betonten, daß für diese Belastung eine Entschädigung von der Steuerbehörde gewährleistet werden müsse. Ein Regierungsvertreter versprach, diese Anregung an die zuständigen Stellen weiterzugeben.

mz. Berlin, 26. Febr. In der öffentlichen Reichsratsitzung vom Donnerstag wurde der Gesetzentwurf über die Grundschule und die Aufhebung der Vorschule nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Die Hauptbestimmung ist darnach, daß die Volksschule in den vier untersten Klassen die für alle gemeinsame Grundlinie ist, auf der sich das mittlere und höhere Schulwesen aufzubauen hat. Ausdrücklich wird mit den Ausschlußbeschlüssen festgestellt, daß die Volksschule zugleich eine ausreichende Vorbildung für den unmittelbaren Eintritt in die mittleren oder höheren Lehranstalten geben soll. Der Minister wies darauf hin, daß das vorliegende Gesetz finanziell lange nicht die Tragweite hätte, wie die noch kommenden Schulgesetze. Darunter wird sich nach Ankündigung des Ministers auch ein Gesetz über die Lehrmittelfreiheit befinden. — Angenommen wurde ferner der Antrag betr. die Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und vermögensrechtlichen Ansprüchen. Während bisher die Wertgrenze 600 Mark betrug, wurde sie jetzt in dem Entwurf mit Rücksicht auf die ungeheure Entwertung des Geldes auf 1200 Mark erhöht.

### Die Verfassung für Preußen.

mz. Berlin, 27. Febr. Die preußische Staatsregierung hat der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung den Entwurf einer Verfassung für Preußen zugehen lassen.

Abschnitt 1: Der Entwurf der Staatsregierung lautet: Preußen ist eine Republik und ein Glied des Deutschen Reiches. Aus dem Abschnitt ist folgendes hervorzuheben: Träger der Staatsgewalt ist die Gesamtheit des Volkes. Das Volk gibt seinen Willen über die Staatsangelegenheiten kund durch den von ihm gewählten Landtag. Das Staatsministerium führt namens des Volkes die Regierung.

Im Abschnitt 3 (Der Landtag) heißt es: Der Landtag wird in allgemeinen, gleichen und unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Proportionalwahl gewählt. Wahlberechtigt sind die über 20 Jahre alten deutschen Männer und Frauen, die in Preußen ihren Wohnsitz haben. Wählbar sind die Wahlberechtigten, die das 25. Lebensjahr vollendet haben. Der Landtag wird auf vier Jahre gewählt. Das Staatsministerium kann den Landtag auflösen: Nach Ablauf der Wahlperiode oder nach erfolgter Auflösung müssen Neuwahlen innerhalb sechzig Tagen stattfinden. Nach erfolgter Neuwahl tritt der Landtag spätestens am dreißigsten Tage zusammen.

Abschnitt 4: Das Staatsministerium sagt u. a. Das Ministerium besteht aus dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern. Der Präsident des Landtages beruft den Ministerpräsidenten und auf dessen Vorschlag die übrigen Staatsminister. Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik und führt im Ministerrat, dem sämtliche Minister angehören, den Vorsitz. Der Landtag ist berechtigt, jeden Minister vor dem Gerichtshofe anzuklagen, daß er schuldhafterweise die Verfassung oder die Gesetze verletzte. Der Antrag auf Erhebung der Anklage muß von mindestens 100 Mitgliedern unterzeichnet sein und bedarf der Zustimmung der für Verfassungsänderungen vorgesehenen Mehrheit.

Nach Abschnitt 5 der Verfassung steht das Recht, Gesetze vorzuschlagen, der Regierung zu. Aus Abschnitt 5 (Finanzlagen) sei hervorzuheben: Zwecks Mitwirkung bei Gesetzen von finanzieller Bedeutung wird ein Finanzrat gebildet. Dem Finanzrat gehören: 1. die nach Artikel 63 der Reichsverfassung von der Provinzialverwaltung gestellten Mitglieder der Reichschatzverwaltung und die Mitglieder des Reichsrates an; 2. Kraft ihrer amtlichen Stellung für die Dauer des von ihnen bekleideten Amtes der Präsident der Oberrechnungskammer, der Präsident der Preussischen Staatsbank (Seebank), der Präsident der Hauptverwaltung der Staatsschulden und der Präsident der Zentral-Genossenschaftskassen; 3. durch den Landtag zu wählende Mitglieder, deren Zahl zusammen mit den unter 2. Genannten so viel betragen muß, wie die unter 1. aufgeführten Mitglieder. Die Zustimmung des Finanzrates ist einzuholen: 1. wenn der Landtag Ausgaben beschließen will, die über den von der Staatsregierung vorgeschlagenen oder bewilligten Betrag hinausgehen; 2. für neue Steuern; 3. für die Aufnahme von Anleihen und die Uebernahme von Bürgschaften; 4. für Ausgaben, für die noch keine Deckung vorhanden ist, oder für die die Deckung durch Anleihen erfolgen soll.

### Der Friede der Türkei.

London, 27. Febr. Der „Evening Standard“ meldet folgende Einzelheiten über die Festsetzung der Friedensbedingungen für die Türkei: Sämtliche Forderungen Griechenlands bezüglich Thrazien werden genehmigt. Griechenland erhält Smyrna, aber die türkische Souveränität wird anerkannt. Strenge Kontrolle wird über die wirtschaftlichen Hilfsquellen der Türkei geübt werden. Die Maßnahmen für die türkische Abrüstung werden von einem Ausschuss in Paris weiter ausgearbeitet werden. Konstantinopel bleibt zwar in den Händen der Türkei, aber es werden strenge Bestimmungen für die Verwaltung festgesetzt werden. Sizilien kommt unter französische Mandatur, während Armenien unabhängig wird und Erivan erhält.

### Die Adrianote Wilsons.

Saag, 27. Febr. Wie der „Nieuwe Courant“ aus Washington meldet, wurde dort der Wortlaut der in der Adriafrage ausgetauschten Note veröffentlicht.

Die hauptsächlichste Meinungsverschiedenheit zwischen Präsident Wilson und der Entente besteht in der Fiumefrage und Albanien. In seiner Note vom 24. Februar erklärte der Präsident, daß der Vorschlag, Fiume mit Italien durch eine enge Landede zu verbinden, unannehmbar sei. Bezüglich Albanien erklärte der Präsident, daß die Vereinigten Staaten sich einem Unrecht gegenüber den Albanern zugunsten der Jugoslawen ebenso energisch widersetzen, wie einem Unrecht gegenüber den Mohammedanern und der christlichen Bevölkerung angenommen. Bezüglich des Londoner Vertrages erklärte der Präsident, daß sei eine Frage, die allein die Franzosen und Engländer beurteilen könnten. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf den Zusammenbruch Oesterreich-Ungarns und verschiedene andere Umstände, die vielleicht eine Aenderung des Vertrags zustande bringen könnten.

### Ein Friedensvorschlag Rußlands.

mz. New York, 28. Febr. Der Korrespondent der Associated Press in Washington telegraphiert, daß ein offizielles Telegramm einen neuen Friedensvorschlag Sowjetrußlands an die Großmächte enthält. Die Sowjetregierung verpflichtet sich, in Rußland eine demokratische Republik in Anwendung zu bringen und eine Konstituante einzuberufen. Sie verpflichtet sich auch, das Verbot, welches die russischen auswärtigen Schulden auslöscht, zurückzunehmen, und sie bis zu 40% anzuerkennen. Sie verspricht auch, die rückständigen Zinsen zu bezahlen. Die Sowjetregierung erklärt sich bereit zur Leistung von bedeutenden Garantien durch Abtretung von Konzessionen über reiche Platin- und Silberbergwerke an ein englisch-amerikanisches Syndikat. Dagegen verlangt Sowjetrußland von Großbritannien wie auch von den übrigen Großmächten, jede Einmischung in die russischen Angelegenheiten anzugehen. Gleichzeitig gibt es dem Wunsch Ausdruck, die Vereinigten Staaten möchten Rußland einen Kredit eröffnen, der auf bedeutenden Konzessionen beruhen soll.

## Die Abfindung der Hohenzollern

mz. Berlin, 29. Febr. Zu dem außerordentlichen Verbandstag der sozialdemokratischen Parteiorganisation von Groß-Berlin, an dem auch Reichspräsident Dittich, Kultusminister Dänisch und Reichsernährungsminister Schmidt teilnahmen, wurde einstimmig eine Entschliessung gefasst, worin aufs schärfste gegen die der Preussischen Landesversammlung zugegangene Vorlage über die Abfindung des ehemaligen Kaiserhauses protestiert und verlangt wird, daß durch dieses Gesetz das gesamte Grundvermögen der Krone für den Staat beschlagnahmt werden solle. Falls die Vorlage von den bürgerlichen Parteien beschloffen werden sollte, sei das Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der preussischen Regierung die selbstverständliche Konsequenz.

## Die Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung

Berlin, 29. Febr. Zum dritten Vorsitzenden der Zentrumsfraktion ist anstelle des als Mitglied der bayerischen Volkspartei aus dem Zentrum ausgeschiedenen Abg. Domkapitular Reich der Abg. Dr. Burlage gewählt worden.

## Der Einbruch im Mausoleum

mz. Berlin, 1. März. Unter dem Verdacht, an dem Diebstahl im Charlottenburger Mausoleum beteiligt gewesen zu sein, wurde der Schankwirt Heinrich Herold festgenommen. Er ist der Anführer bei einem Einbruch in die Zigarettenfabrik Josetti gewesen. Der Verdacht wurde deshalb auf ihn gelenkt, weil die bei dem Einbruch in die Zigarettenfabrik benutzten Diebeswerkzeuge Abdrücke gaben, die genau den an den erbrochenen Sargdeckeln befindlichen gleichen.

## Noch höhere Preise in Sicht

Berlin, 25. Febr. Der Reichswirtschaftsminister erteilte auf die Frage des Abg. Schulz-Bromberg nach der Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung im kommenden Wirtschaftsjahr folgende Antwort: Die Frage, in welcher Weise im kommenden Wirtschaftsjahr die Ernährung der Bevölkerung sich zu stellen ist, unterliegt der Erörterung. Die erforderlichen Bestimmungen werden mit möglicher Beschleunigung dem Ausschuss der Nationalversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Dabei wird auch die Frage geprüft, inwieweit den Bevölkerungsschichten, deren Einkommensverhältnisse den zu erwartenden höheren Preisen nicht folgen können, die Möglichkeit gegeben werden können, sie zu bezahlen.

Balef, 27. Febr. Die „Information“ meldet aus London: Im Obersten Rat wurde vom englischen Vertreter erklärt, daß die Produktion an Lebensmitteln in der ganzen Welt weit hinter der Nachfrage zurückstehe. Infolgedessen sind nicht nur in allen Ländern weitere erhebliche Preissteigerungen der Lebensmittel zu erwarten, sondern man sieht vor uns geahnt ernstesten Problemen, die das Gespenst einer Welt Hungerkatastrophe in bedrohliche Nähe rücken.

Genf, 29. Febr. Der Kongress für Kinderhilfswerk besetzte sich am Freitag mit den Kommissionsanträgen. Die Kommission für Deutschland schätzt die Zahl der hungernden Kinder auf eine Million mit einer monatlichen Ausgabe von 14 Millionen Schweizerfranken. In Oesterreich sind ungefähr 250 000—300 000 Kinder zu unterstützen mit einer monatlichen Ausgabe von 90 000 Pfund Sterling. Die Kommission für Frankreich schätzt die Zahl der unterstützungsbedürftigen Kinder in den verwüsteten Gegenden auf 400 000. In Ungarn sind eine Million Kinder zu unterstützen, davon allein in Budapest 100 000. Die Zahl der unterstützungsbedürftigen Kinder in Italien beläuft sich auf 400 000, davon 120 000 in den befreiten Gebieten, der Rest in Südtaliten.

## Bermischte Nachrichten.

\* **Rüdesheim** 1. März. Bei den heute Vormittag stattgefundenen Grundstücks-Versteigerungen gingen nachverzeichnete Grundstücke in anderen Besitz über:

1. Grundstücke der Frau Wilhelmindra W. Garten im „Rechader“, die Rute zu 510 Mk. an Herrn Georg Glock, Eibingen. Garten im „Floh“, die Rute zu 320 Mk. an Geshw. Petry.

Auf das Wohnhaus wurden 15 000 Mk. geboten; der Zuschlag wurde nicht erteilt.

2. Grundstücke des Herrn Franz Schmelzeis. Weinberg „Hochmauer“, die Rute zu 83 Mk. an Herrn Chr. Hermant.

Weinberg „Eingrub“, die Rute 101 Mk. an Herrn Fritz Müller.

Acker auf der „Lach“, die Rute zu 205 Mk. an Herrn Bürovorsteher Fuchs.

Acker auf dem Ebenthal, die Rute zu 80 Mk. an Frau Jos. Schmelzeis.

Weinberg „Obere Flecht“, die Rute zu 270 Mk. an Herrn Ludw. Hofmann, Eibingen.

Weinberg „Hafenläufer“, die Rute zu 77 Mk. an Herrn Peter Kremer.

3. Auf das Kugelige Wohnhaus, Kirchstraße 9, wurden 32 550 Mk. geboten, aber der Zuschlag nicht erteilt.

\* **Rüdesheim**, 1. März. Am Freitag nachmittag ging unter Blitz und Donner ein Schneegewitter über unsere Gegend nieder. Ein wirbelartiger Sturm ging demselben voraus. Ein Schornstein des Reichsbankgebäudes wurde durch den Wirbel abgehoben, durchschlag das Dach und die Decke eines von Herrn Bankvorstand Fingado bewohnten Zimmers im 1. Stock. Der angerichtete Schaden soll nicht unbedeutend sein. Glücklicherweise ist niemand durch die abfallenden Steinmassen verletzt worden.

h **Rüdesheim**, 1. März. Der diesjährige außerordentliche Gauertag des Turngaues „Süd-Nassau“ findet in hiesiger Turnhalle am Sonntag, den 21. März, morgens 10 Uhr, statt. Mehrere sehr wichtige Punkte stehen auf der Tagesordnung, so die Aufnahme der Wiesbadener Turnerschaft (Turnverein, Männerturnverein, Turngesellschaft und Gymnasial-Turnverein Wiesbaden) in den Gau. Der Ausschuss wird auf einen Gauspielwart und Presseauschuss erweitert, außerdem werden verschiedene Änderungen in den Gausatzungen vorgenommen. —

Nachmittags findet um 1 Uhr der ordentliche Gauertag statt. Mit dem Beitritt der Wiesbadener Turnerschaft zu dem „Gau Süd-Nassau“ wird sich die gemeinsame zur Zeit recht eifrig betriebene Tätigkeit des deutschen Turnens zu immer größerer Blüte entfalten. Turnen und Spiel werden auf hoher Bahn wandeln. Als echte nassauer Turngenossen, die vor Jahren schon einmal gemeinsame Arbeit geleistet, werden die Wiesbadener und rheingauer Jünger Jahns die frisch-fröhliche Blüte der Turnerei zur edlen Frucht entfalten lassen. Diesen beiden Tagungen geht am Vorabend, Samstag den 20. März, abends 8 Uhr eine Turnwart- und Vorturnerübung voraus.

\* **Rüdesheim**, 1. März. Unter Hinweis auf das Inserat i. v. Nr. der „Stadt. Sparkasse Dieblich“ machen wir auch an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam, daß die Kassensunden eine Aenderung erhalten haben und jetzt folgendermaßen geregelt sind: von 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr vormittags täglich; von 3

bis 4 Uhr nachmittags außer Mittwoch und Samstag.

**Borch**, 24. Febr. In der hiesigen Weinbergsgemerkung, in welcher bei den jährlichen Untersuchungsarbeiten schon seit einer Reihe von Jahren größere Neblausverseuchungen festgestellt wurden, sollen in diesem Jahre Versuche mit Neblauspflanzen auf amerikanischer Unterlage vorgenommen werden. Die Versuche sollen sich auf verschiedene Lagen und Bodenarten erstrecken und die Reben den in Frage kommenden Weinbergbesitzern unentgeltlich geliefert und unter sachmännischer Aufsicht gepflanzt werden. Es steht aber nur eine kleinere Menge Amerikaner-Reben zur Verfügung, so daß die gesamte Versuchsfäche nur etwa 2 Morgen umfassen dürfte.

**Bonn Rhein**, 29. Febr. Ein französischer Flusskanonendampfer ist jetzt der Köln-Düsseldorfer Personendampfer „Rheinstein“ geworden, der mit noch anderen auf Grund des Friedensvertrages abgetreten werden mußte. Auf dem Vorder- und Hinterdeck befinden sich je 2 Schnellfeuergeschütze, vorn außerdem zwei Maschinengewehre. Von dem Schornstein nach dem Heckmast sind die Antennen für die Funktelegraphie gespannt. Die Schiffsbesatzung trägt die bekannte französische Marineuniform mit den roten Quacken auf der Mütze. Auf der Stirnseite befinden sich in vergoldeten Lettern die Worte: „Flottille du Rhin“.

**Mainz**, 29. Febr. Eine Eisenbahnerschule soll demnächst am Sitz der hiesigen Eisenbahndirektion errichtet werden. Diese Neuerung bezweckt vor allem die berufliche Weiterbildung und Ausbildung der in den verschiedenen Eisenbahnwerkstätten beschäftigten Arbeiter. Die Schule soll zunächst den obligatorischen Fortbildungsschulunterricht der noch fortbildungspflichtigen jugendlichen Arbeiter übernehmen, so daß diese vom Besuch der allgemeinen Fortbildungsschule, der oft recht störend in den Betrieben empfunden wurde, damit entbunden sind. Andererseits soll sie aber auch tüchtigen Eisenbahnarbeitern den Aufstieg in die Beamtenlaufbahn ermöglichen und nicht zuletzt der Heranbildung eines tüchtigen technischen Personals für den Eisenbahnbetrieb dienen. Die neue Schule wird dementsprechend in drei Abteilungen gegliedert werden. Als Lehrkräfte sollen zunächst ein wissenschaftlich gebildeter Lehrer und ein Techniker in Betracht kommen. Diese Neuerung dürfte jedenfalls in den Kreisen der Eisenbahnarbeiter aufs dankbarste begrüßt werden. Die Schulräume werden voraussichtlich an der Hauptbetriebswerkstätte am Südbahnhof eingerichtet werden, so daß Arbeit und Unterricht aufs engste Hand in Hand gehen können.

**Frankfurt**, 28. Febr. Mit einer fünfständigen Verspätung traf heute mittag 1 Uhr der Wiener Kinderzug mit 600 Kindern im hiesigen Hauptbahnhof ein. Wenn schon unsere Großstadtkinder die Spuren von Entbehrungen und Unterernährung auf ihren Antlitzern zeigt, so war das Bild, das die Wiener Mädchen und Jungen im Alter von 5—14 Jahren boten, ein geradezu erschütterndes. Grausam hat der Hunger in jahrelanger zermürbender Arbeit diese Generation zu Grunde gerichtet. Bleich, vielfach bis auf Haut und Knochen abgezehrt, mit müden, glanzlosen Augen, welken Gesichtern, oft schon greisenhaft, so sind die Elendsgestalten eine furchtbare Anklage gegen jene Gewalten, die diese Not verursachten. Dazu die erbarmungswürdige Kleidung, in der die Kinder stecken! Lumpen und Flicker! Und es ist das Beste, was die Kinder, die sich aus allen Ständen der Wiener Bevölkerung rekrutierten, auf dem Leibe tragen! Von den 600 Kindern verblieben 300 in Frankfurt zurück, 150 reisten unter Führung des Bürgermeisters Bismann-Wisingen in das Usinger Land, der Rest kam nach Oberhessen und in den Kreis Fulda. Der Aufenthalt der Wiener Kinder in Deutschland ist auf vorläufig drei Monate bemessen.

**Saarbrücken**, 27. Febr. Wegen eines Berichts über die derzeitige Lage des Saargebietes, den die „Saarbrücker Zeitung“ im Anschluß an ihre Berichterstattung über die letzte Stadtverordnetenversammlung brachte, wurde das genannte Blatt für die Zeit vom 25. Februar bis 3. März verboten.

**Köln**, 28. Febr. (Das Kirner Kohlenlager.) Es verlautet, daß die hier gegrabene Kohle eine sogenannte „Tagkohle“ ist, weil sie bereits stark ausgelaugt; sie eignet sich daher nicht zur Vergasung, während sie für den Hausbrand vorzüglich ist, wie Proben ergaben. Es wird aber mit Bestimmtheit angenommen, daß man später in größerer Tiefe genau dieselbe Kohle finden wird, wie im Saarbecken. Die vorhandenen Kohlenlager in dem jetzt in Angriff genommenen großen Bergwerken sollen allein ausreichen, um für mindestens 100 Jahre den nötigen Bedarf der umliegenden Kreise zu decken. Die neuen Kohlengruben eröffnen somit unserem Wirtschaftsleben im Nahetal ungeahnte Möglichkeiten.

**Nachen**, 28. Febr. Nach der „Altre Beige“ besteht die Absicht, in Nachen eine belgische Schule zu errichten.

## Fahrplan vom 15. Februar 1920.

### Dampfschiff-Verbindung zwischen Rüdesheim und Bingen.

Von Rüdesheim nach Bingen: 6<sup>10</sup>, 7<sup>08</sup>, 8<sup>15</sup>, 9<sup>20</sup>, 10<sup>15</sup>, 12<sup>10</sup>, 1<sup>45</sup>, 2<sup>35</sup>, 3<sup>58</sup>, 4<sup>46</sup>, 5<sup>55</sup>, 6<sup>44</sup>, 7<sup>22</sup>.

Von Bingen nach Rüdesheim: 5<sup>46</sup>, 6<sup>52</sup>, 7<sup>29</sup>, 8<sup>45</sup>, 9<sup>50</sup>, 10<sup>42</sup>, 12<sup>52</sup>, 2<sup>12</sup>, 3<sup>02</sup>, 4<sup>18</sup>, 5<sup>23</sup>, 6<sup>28</sup>, 7<sup>02</sup>.

Sonntags ist der Betrieb eingestellt.

### Eisenbahn-Fahrten.

Abfahrt	Ankunft
von Rüdesheim nach Wiesbaden—(Mainz)—Frankfurt: 4 <sup>25</sup> , 6 <sup>02</sup> w, 7 <sup>38</sup> w, 8 <sup>10</sup> T, 11 <sup>38</sup> s, 12 <sup>15</sup> T, *1 <sup>40</sup> w, 4 <sup>33</sup> s, 5 <sup>56</sup> w, 5 <sup>56</sup> T, 8 <sup>54</sup> s.	in Rüdesheim von Frankfurt—(Mainz)—Wiesbaden: 7 <sup>05</sup> w, 8 <sup>10</sup> s, 9 <sup>15</sup> T, *1 <sup>17</sup> , 3 <sup>17</sup> s, 3 <sup>51</sup> T, 5 <sup>30</sup> w, 5 <sup>40</sup> T, 7 <sup>15</sup> w, 8 <sup>33</sup> w, 11 <sup>20</sup> s.
§ Triebwagen nach Mainz über Wiesbaden nur Werktags und nur für Zeitkarteninhaber. T direkte Triebwagen nach und von Mainz nur Werktags.	* Nur bis und von Wiesbaden nur Werktags.
Abfahrt von Rüdesheim nach Niederlahnstein—Koblenz: 7 <sup>10</sup> L, 8 <sup>14</sup> s, 11 <sup>45</sup> †, 12 <sup>1</sup> w, 3 <sup>54</sup> L, 7 <sup>19</sup> s.	Ankunft in Rüdesheim von Koblenz—Niederlahnstein: 5 <sup>50</sup> , 7 <sup>33</sup> s, 8 <sup>00</sup> L, 12 <sup>05</sup> †, 1 <sup>35</sup> w, 4 <sup>28</sup> s, 5 <sup>32</sup> L, 8 <sup>47</sup> w.
† Nur bis und von Ahmannshäuser. Werktags. L Nur bis und von Borch werktags.	
Von Bingen nach Mainz: 4 <sup>27</sup> w, 5 <sup>38</sup> w, 6 <sup>40</sup> w, 9 <sup>12</sup> w, 10 <sup>38</sup> w, 10 <sup>48</sup> D, 12 <sup>56</sup> s, 3 <sup>37</sup> w, 5 <sup>16</sup> w, 7 <sup>02</sup> D, 8 <sup>22</sup> s, 9 <sup>07</sup> D, 10 <sup>14</sup> D, 12 <sup>07</sup> w.	Von Bingerbrück nach Coblenz—Köln: 5 <sup>05</sup> s, 6 <sup>00</sup> w, 7 <sup>36</sup> , 9 <sup>50</sup> D, 10 <sup>11</sup> , 10 <sup>44</sup> D, 12 <sup>58</sup> s, 4 <sup>38</sup> s, 6 <sup>39</sup> w, 7 <sup>34</sup> D, 9 <sup>48</sup> †, 12 <sup>56</sup> w.
Von Bingen nach Alzey—Worms: 6 <sup>53</sup> s, 11 <sup>19</sup> w, 5 <sup>22</sup> s, 7 <sup>20</sup> w.	Von Bingerbrück nach Kreuznach—Münster a. St.: 3 <sup>50</sup> w, 7 <sup>15</sup> w, 12 <sup>23</sup> w, 3 <sup>55</sup> w, 4 <sup>28</sup> w, 7 <sup>57</sup> , 9 <sup>57</sup> D.
w Nur Werktags. D Schnellzüge: verkehrt nur Samstags und Sonntags. † Nur Sonn- und Feiertags. s täglich (Werktags und Sonntags) Nur Montags.	

## Die Zusammensetzung der Schulvorstände.

Berlin, 25. Febr. Der preussische Gesetzentwurf über die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen ist in der Preussischen Landesversammlung auf den bestigsten Widerspruch desentrums gestossen. Der Unterrichts-ausschuss der Landesversammlung hat schliesslich beschlossen, über die Frage, ob diese Vorlage mit der Reichsverfassung vereinbar sei, ein Gutachten der zuständigen Reichsministerien einzuholen. Dieses Gutachten liegt jetzt vor und lautet dahin, dass die preussische Vorlage mit der Reichsverfassung nicht vereinbar sei. Das Gutachten hat, wie die „P. P. N.“ erfahren, folgenden Wortlaut:

„In dem der Preussischen Landesversammlung vorliegenden Entwurf ist vorgesehen, dass die Geistlichen der Evangelischen Landeskirche und der Katholischen Kirche, die bisher als solche ohne weiteres Mitglieder der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen waren, künftig den bezeichneten Körperschaften nicht mehr kraft ihres Amtes angehören sollen. Der Erlaß dieser Vorschrift ist nach Ansicht der Unterzeichneten mit den Bestimmungen der Reichsverfassung nicht vereinbar. Der Art. 146 Abs. 2 der Reichsverfassung trifft hinsichtlich der Konfessionschulen die Bestimmung, daß innerhalb der Gemeinden auf Antrag der Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bestehens oder ihrer Weltanschauung einzurichten sind, soweit dadurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird, und daß dabei der Wille der Erziehungsberechtigten möglichst zu berücksichtigen ist. Das nähere hierüber solle die Landesgesetzgebung nach den Grundätzen eines Reichsgesetzes bestimmen. Bis zum Erlaß dieser reichsrechtlichen Grundätze verbleibt es nach der ausdrücklichen Vorschrift des Artikels 175 Satz 1 bei der bestehenden Rechtslage. Nach dem Wortlaut

und der Entstehungsgeschichte dieser Vorschrift kann ihr nur Bedeutung beigegeben werden, daß sie bis zum Erlaß des in Aussicht genommenen Reichsgesetzes jeder Aenderung des bei dem Inkrafttreten der Reichsverfassung in den Ländern bestehenden Rechtszustandes hinsichtlich der Regelung des Verhältnisses zwischen Konfession und Volksschule entgegensteht. Die Bestimmungen der Reichsverfassung, die die erwähnten Bestimmungen des preussischen Gesetzentwurfs mit der Reichsverfassung vereinbar sind, hängt hiernach lediglich davon ab, ob sie dieses Gebiet berühren. Die Entscheidung der Frage kann aber nicht unter dem Gesichtspunkt erfolgen, ob nach den Vorschriften des preussischen Rechtes die Zugehörigkeit der Geistlichen zu den Schuldeputationen und Schulvorständen auf dem Gedanken der Konfessionalität der Volksschulen oder auf anderen Gründen beruht. Sollte man bei der betreffenden Feststellung von dem jeweils in Betracht kommenden Landesrecht ausgehen, so würde man in den einzelnen Ländern je nach ihrer innerstaatlichen Gesetzgebung zu völlig verschiedenen Lösungen gelangen. Ein derartiges Ergebnis würde den Zwecken des Artikels 175 Satz 1 der Reichsverfassung sicherlich nicht gerecht werden. Maßgebend kann vielmehr nur der Gesichtspunkt sein, ob die in Frage kommende Vorschrift des Landesrechtes in den Kreis der Angelegenheiten fällt, die nach der Absicht der Reichsgesetzgebung einstweilen durch das Landesrecht nicht neu geregelt werden sollten. Diese Frage ist hier zu bejahen, denn nach der Entstehungsgeschichte des Artikels 175 Satz 1 kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Vorschrift, die einen wesentlichen Bestandteil des sogenannten Schulkompromisses bildet, das Ziel verfolgte, den in dem Problem der Konfessionschulen liegenden politischen Streitstoff in seiner Gesamtheit bis zur Aufstellung reichsgesetzlicher Grundätze zurückzuführen und eine vorherige Entscheidung der damit zusammenhängenden Fragen durch die Landesgesetzgebung zu verhindern. Die bezeichnete Verfassungsvorschrift steht daher jeder landesgesetz-

lichen Bestimmung entgegen, die ihrem Inhalt nach die bisherige rechtliche Gestaltung des Hauptproblems in irgendeinem wesentlichen Punkte beeinflusst und geeignet ist, der in Artikel 146 Abs. 2 in Aussicht genommenen reichsgesetzlichen Aufhebung von Grundätzen vorzugreifen und einen vorzeitigen Streit über sie zu entfesseln.“

### Die 48stündige Arbeitswoche

Köln, 25. Febr. Bei der Aktien-Gesellschaft Vereinigte Stahlwerke von der Röhren- und Eisenerz-Eisenhütten haben sich jetzt nach etwa ein halbjährigen Verhandlungen die Arbeiter bereinigt, einer 48stündigen Arbeitswoche zuzustimmen. Der Entschluß bedeutet für das Balzwerk eine Erparnis an Kosten von 20 Proz. und für die Arbeiter ein ungeschmälerter Wochenverdienst von 48 Stunden.

\*

Essen, 25. Febr. Auf der Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter bemerkte dessen früherer Generalsekretär, jetziger Unterstaatssekretär Bogelsang, daß die unterchiedslose Beibehaltung des Achtstundentages den Ruin der deutschen Volkswirtschaft bedeuten würde, wenn er nicht aufgehoben würde. Das Handelsministerium erwarte, daß die Landarbeiter, die Eisenbahnarbeiter, alle Arbeiter und Angestellte des Transportwesens genau denselben Weg beschreiten werden wie die Bergleute diesen Weg bereits beschritten haben. In der Todesnot sei auf den Bergmann immer Verlaß gewesen und diese Ueberzeugung habe er auch jetzt.

**Krepp-Papier** empfiehlt  
**A. Meier**

## Geschäftseröffnung.

Dem Weinbau und Weinhandel von Rudesheim und Umgebung teilen wir hierdurch ergebenst mit, dass wir ab 1. März ds. Jahres in **Bad-Kreuznach**, Mannheimerstrasse Nr. 63 (Telefon 803) ein

## Spezialgeschäft für Kellereiartikel

eröffnen.

Die Geschäftsführung liegt in den Händen von Herrn **Gustav Bechtel**, Kaufmann, in Kreuznach, Winzenheimerstrasse 16. Zum Verkauf gelangen Kellereiartikel aller Art, Kellereimaschinen sowie Wein- und Obstbau-Artikel.

## Julius Hinckel Söhne

vorm. Julius Hinckel

Kellereiartikelgrosshandlung, Kellereimaschinen  
Bad Dürkheim (Pfalz)

Filiale Bad Kreuznach.

## Zahn-Atelier

Rudesheim a. Rh., Bleichstr. 2a.

Wochentags 10—12 und 2—5 Uhr.  
mit Ausnahme des Samstag-Nachmittag.  
Sonntags keine Sprechstunde.

Telefon 280.

Rasche, Dentist.

## Junge

welcher das Schneiderhandwerk erlernen will, kann sofort oder zu Oftern in die Lehre treten bei

**M. Schön,**  
Schneidermeister  
Rudesheim a. Rh.

Kaufen jedes, auch das kleinste Quantum Öl- und säurefreie

**Wein- und Sektflaschen**  
Friedrichstraße 22  
Rudesheim.

Geisenheim:  
Römerberg 7.  
Winkel: Hauptstr. 104.

## Zu verkaufen

ein zweistöckiges Wohnhaus mit Hofraum in Rudesheim. Eine

## Villa

mit großem Garten in guter Lage im Rheingau.

**Korr,**

Auktionator u. Güteragent

## Oberförsterei Rudesheim.

Donnerstag, den 11. März 1920, von vormittags 9 Uhr ab werden in der Gastwirtschaft „Röhl“ (Felsenkeller) in Rudesheim a. Rh. aus den Forstorten Schmalestrich u. Hörkopf, Försterei Mulhausen öffentlich meistbietend versteigert:

- 160 Amtr. Eichen Scheit und Knüppel
- 140 Amtr. Eichen Reiser 1. Klasse
- 990 Amtr. Buchen Scheit und Knüppel,
- 400 Amtr. Buchen Reiser 1. Klasse
- 24 Amtr. Nadelholz-Scheit und Knüppel.

Zahle wieder erhöhte Preise für alles Altmaterial wie:

**Eisen**  
**Kupfer**  
**Zinn, Zint**  
**Blei**  
**Messing**  
**Knochen**  
**Lumpen**  
**gestrickte Wolle**

Komme auf Bestellung ins Haus, auch auswärts.

Annahmestelle:

**Willi Magnus**, Althändler,  
Rudesheim, Neustraße 3.

## Gesucht

## tüchtige Arbeitskräfte

für Erdarbeiten.

Stadtbauamt Rudesheim a. Rh.

## 40—50 Maurer

für dauernde Arbeit

## sofort gesucht.

Verpflegung und Unterkunft ist auf der Baustelle vorhanden. Fahrgehalt wird vergütet. Meldung auf dem Baubüro

## Baufirma

## Bennert & Korinthenberg

G. m. b. H.

Baustelle Beiffelsgrube in Jhendorf b. Köln

## Gebirgsleiterwagen

in allen Größen sind zu haben bei  
**Josef Müller**, Rudesheim  
Neustraße 15.

## Kellerei-Artikel:

Korken, Kapseln, Flaschen- und Siegelack, Querschneiden, Spindeln, Zapfen, Spundläppchen, Fahlbleche, Signier-tusche, Pinsel, Schablonen, Etikettenleim, Fahl- und Flaschenbürsten, Fahlalg, Fahlit, Filtriermaterial, Seif-Brillant u. Komet-Theorit, Schwefelspahn, Kellertzerzen und Leuchter, Proben-Flaschen, Ristchen u. Hälften, Flaschenpapier, Ristenschoner, Leder- u. Gummiverbinderungen, Stäben und Trichter aus Holz u. Aluminium, Kork- und Kapselmaschinen, Filter, Pumpen, Gummi-Schläuche etc.

## Nau & Bollenbach

Spezialgeschäft für Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel

Bingen a. Rh., Schmittstraße 50.

## „Ein Armenseelen-Blümlein“

den lieben Verstorbenen, eine milde Gabe den frieren, den und hungernden Kleinen, opfert, eble Wohltäter in barmherziger Liebe dem

**St. Josefshaus St. Bernard**  
Seimat für heimatlose Kinder  
Wien XXI Leopoldbau.